

aus: <https://www.diehannoveraner.de/unser-komplettes-programm>

## **Programm der unabhängigen Wählergemeinschaft**

### **DIE HANNOVERANER**

#### **Präambel**

DIE HANNOVERANER sind eine unabhängige Wählergemeinschaft mit bürgerlich-konservativer Ausrichtung. Sie wollen die politische Gegenwart und Zukunft in der Stadt und der Region Hannover entsprechend den Zielen dieses Programms mitgestalten.

Dabei haben sie stets auch das Gesamtwohl Deutschlands im Blick.

Die Zielvorstellung der HANNOVERANER ist eine gesunde und starke Stadt/Region Hannover in einem freien, demokratischen und solidarischen Deutschland. Alle Bürger sollen Anteil haben am gesellschaftlichen Wohlstand, an der inneren Stabilität und an einer lebenswerten Umwelt.

Die Stadt Hannover soll genauso wie unser Land Deutschland von ehrlichen und unabhängigen Persönlichkeiten regiert werden, die als Vertreter des Volkes uneigennützig und verantwortungsbewusst zum Wohle heutiger wie zukünftiger Generationen handeln.

Zum Selbstverständnis der HANNOVERANER zählen die Stärkung und die Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaat im Rahmen einer verfassungsmäßigen Ordnung. Sie begreifen das deutsche Volk auch in Hannover als den höchsten Souverän in der Demokratie, dessen Wille von den gewählten Politikern respektiert und in praktisches Handeln umgesetzt werden muss.

DIE HANNOVERANER treten für eine echte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative ein. Sie betonen ausdrücklich die Pflicht des Staates, das Leben, die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum der Bürger vor inneren und äußeren Bedrohungen wirksam zu schützen.

Die ideelle Basis (Grundlage) der HANNOVERANER ist die freie und selbstbewusste Nation inmitten eines freien Europa. Sie wiederum beruht auf der Gleichwertigkeit von Mann und Frau. Mann und Frau sind keine Gegner, sondern ergänzen sich gegenseitig. Gleichwertigkeit bedeutet nicht in jedem Fall auch Gleichheit. Männer und Frauen haben je spezifische Schwerpunkte in ihren Fähigkeiten. Diesen Geschlechterunterschieden muss ohne jeden Zwang Rechnung getragen werden. Eine postulierte Gleichheit der Geschlechter durch Quotierungen und grotesken Sprachverzerrungen erreichen zu wollen, führt zu gesellschaftlichen Verwerfungen und ist daher abzulehnen.

## **Bürger und Demokratie**

Das deutsche Grundgesetz garantiert zumindest theoretisch den deutschen Bürgern ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstbestimmung. In der politischen Praxis sieht das allerdings oftmals anders aus. Denn in Deutschland herrscht derzeit als einzige Form der Volksherrschaft die repräsentative Demokratie. In ihr wählt das Volk alle paar Jahre seine Vertreter, auf deren Rechtschaffenheit und Vernunft es dann vertrauen muss. Konkrete Mitsprache zwischen den Wahlen ist ihm verwehrt. Und zwar auch dann, wenn die Volksvertreter sich um die Belange des Volkes kaum kümmern. Zugleich hat die repräsentative Demokratie nach und nach zu einer unerträglichen Überhöhung der Parteien geführt. Sie haben gemäß GG Art. 21 lediglich das Recht, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. In der Wirklichkeit reicht ihr gesellschaftlicher Einfluss mittlerweile in alle Bereiche, einschließlich der Medien – besonders in Rundfunk und Fernsehen –, der Behörden und der Gerichte.

Die Entfremdung zwischen dem Volk als eigentlichem Souverän und den Politikern als Vertretern der Parteien wächst in besorgniserregendem Maße. Immer öfter entscheiden Regierung und Parlamente auch in wichtigen Fragen gegen den Mehrheitswillen der Bürger. Dies fördert die Politikverdrossenheit und zerstört die demokratische Kultur in Deutschland.

DIE HANNOVERANER treten deshalb dafür ein, die repräsentative Demokratie durch entscheidende Elemente der direkten Demokratie – wie in der Schweiz – zu ergänzen und zu stärken. Es muss möglich werden, dass das Volk über wichtige, existentielle Fragen in Volksabstimmungen frei und souverän entscheidet und damit die Politik eindeutig bindet.

Die in Art 5 GG garantierte Meinungsfreiheit muss gestärkt und jederzeit verteidigt werden. Alle Versuche von staatlicher wie auch nichtstaatlicher Seite, im Namen der sog. politischen Korrektheit („political correctness“) Themen zu tabuisieren und Denkverbote zu errichten, sind zurückzuweisen. Jeder Versuch, anderen Bürgern mittels Einschüchterung oder Repression die Meinungs-, Informations- oder Versammlungsfreiheit zu bestreiten, ist zu unterbinden. Gewaltdrohungen von Gegendemonstranten dürfen nicht Anlass für die zuständigen Behörden sein, friedliche Versammlungen zugelassener Parteien und Organisationen zu verbieten.

## **Öffentliche Sicherheit**

Der demokratische Rechtsstaat und seine Organe sind verpflichtet, den Schutz der Bürger vor Kriminalität zu gewährleisten. Freiheit und Sicherheit sind die Lebensgrundlagen für eine demokratische Ordnung in einem selbstbewussten Staat. Wenn sie fehlen, ist das Vertrauen der Bürger in den Staat dahin. Sie sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Der Einzelne kann die ihm laut GG garantierten Freiheitsrechte im Alltag nur wahrnehmen, wenn er nicht befürchten muss, Opfer von Gewalt oder Verbrechen zu werden. Aus diesem Grund muss die innere Sicherheit einen herausragenden Stellenwert für die politisch Verantwortlichen haben. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf Sicherheit, das vom Staat zu schützen ist!

Für die Aufrechterhaltung und Gewährleistung der inneren Sicherheit ist in erster Linie das Land Niedersachsen zuständig. Angesichts ständig steigender Kriminalität in so gut wie allen Bereichen darf die Personalstärke der Polizei keinesfalls verringert, sondern muss im Gegenteil erhöht werden. Außerdem muss die Ausrüstung der Sicherheitskräfte jederzeit einen hohen Standard haben. Vor allem aber müssen Ausbildung und Motivation der Beamten den gestellten Aufgaben jederzeit gerecht werden. Die Wertschätzung der teils sehr gefährlichen Arbeit der Polizei muss sich auch in einer angemessenen Besoldung ausdrücken.

Besonders die Politik ist aufgefordert, der Polizei den Rücken zu stärken. Sie darf nicht selbst aus Gründen der Opportunität rechtsfreie Räume schaffen, indem sie gesetzeswidriges Handeln duldet. Leider haben die hohe Kriminalität in den städtischen Ballungsräumen und der nachsichtige Umgang der Justiz mit Straftätern das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit des Staates erschüttert, Recht und Ordnung in unserem Land aufrechtzuerhalten. Besorgniserregend sind vor allem die wachsende Brutalität der Täter sowie die Zunahme der Jugendgewalt.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Justiz der Polizei durch die Anwendung der Gesetze den Rücken stärkt, statt durch übertriebene Nachsicht mit den Tätern die Arbeit der Sicherheitskräfte zunichte zu machen. Es gilt in jedem Fall: Opferschutz statt Täterschutz.

Ordnung und Sicherheit müssen sich auch im Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden widerspiegeln. Deshalb gilt es, einen konsequenten Kampf gegen die Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünflächen zu führen. Auch die Stadtplanung ist gefordert, durch bauliche Maßnahmen für Sicherheit und Sauberkeit zu sorgen.

Die Videoüberwachung des öffentlichen Raums muss auf den neuesten technischen Stand gebracht werden. Sie muss ein fester Bestandteil des Sicherheitskonzepts der Kommunen sein, um die Zahl der Straftaten an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten zu verringern, die Täter zu identifizieren, die Aufklärung zu erleichtern und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Besonders wichtig ist die Videoüberwachung in Bussen, Bahnen und Stationen des gesamten öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

Aggressives, gewerbsmäßiges Betteln muss von Seiten der Stadt deutlich konsequenter unterbunden werden als dies bisher geschehen ist, auch um so die Attraktivität der Innenstadt von Hannover zu gewährleisten.

### **Kampf gegen Extremismus**

Wir fordern die verantwortliche Politik und die Justiz im Kampf gegen den Extremismus und seiner fanatischen Anhänger zu einer Null-Toleranz-Strategie auf! Ausländer, die sich extremistischen Organisationen anschließen, sollten nach unserer Meinung ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren.

Islamistische Vereine und Organisationen, wie zum Beispiel salafistische Gruppierungen, wären demnach konsequent zu verbieten.

Wir sind gegen Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus.

Wir treten entschlossen dem Antisemitismus, der Ausländer- und der Deutschenfeindlichkeit entgegen! Zum Wohle aller Hannoveranerinnen und Hannoveraner.

### **Haushalt und Finanzen**

Oberste Prinzipien der städtischen Finanzverwaltung müssen Sparsamkeit und Effizienz sein. Bei der Verteilung der städtischen Finanzmittel ist aber auch größtmögliche Gerechtigkeit anzustreben. Zuerst hat die Stadt die Grundversorgung der Bevölkerung mit einer funktionierenden Verwaltung durch hinreichende Mittel zu sichern, z.B. die zentralen Ämter, die Feuerwehr, Schulen, Kindergärten und Bibliotheken.

Grundsätzlich ist der städtische Haushalt so zu gestalten, dass der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes auf dem Substanzerhalt und auf Zukunftsinvestitionen liegt. Die städtischen Liegenschaften und öffentlichen Flächen müssen ständig gewartet und gepflegt werden, damit kein Sanierungsstau

entsteht, der letztlich viel teurer kommt als die ständige Pflege. Diese eindeutige Schwerpunktsetzung ist in der Vergangenheit allzu oft zugunsten konsumptiver Ausgaben vernachlässigt worden. Die Haushaltspolitik der etablierten Parteien ist viel zu sehr auf Verbrauch hin angelegt. Der Verschleiß der materiellen Substanz der Stadt wird dabei in Kauf genommen. Aus Gründen kurzfristiger Popularität wird das langfristige Gemeinwohl vernachlässigt. Die HANNOVERANER verlangen deshalb eine grundlegende Veränderung der Haushaltsstruktur.

Natürlich hat die soziale Grundvorsorge für wirklich bedürftige und in Not sich befindende Menschen ihre unbedingte Berechtigung. Leider aber wird dieses Prinzip vielfach überdehnt, weil mächtige Lobbygruppen dies von ihren Volksvertretern immer erneut mit Nachdruck und leider mit Erfolg einfordern.

Vor allem im Bereich der sog. Zuwendungen, d.h. der freiwilligen Leistungen der Stadt an private Initiativen und soziale Interessengruppen, muss bei der Verteilung städtischer Gelder ein strenger Maßstab angelegt werden. Gefälligkeitszahlungen an die Sympathisanten-Klientel der Machthabenden haben zu unterbleiben.

Die städtischen Finanzen reichen für die Erfüllung aller Wünsche nicht aus. Der Ausweg aus diesem grundsätzlichen Problem darf aber nicht sein, dass die Steuern und Gebühren leichtfertig erhöht werden und/oder immer weitere Schulden angehäuft werden. Die Gewerbesteuer und die städtische Grundsteuer B (Substanzsteuer auf Grundstücke und deren Bebauung) dürfen nicht beliebig erhöht werden. Sonst leiden die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Stadt, das Geschäftsleben und letztlich die Kaufkraft der Bürger.

Auch die Höhe der städtischen Gebühren (z.B. die Parkgebühren und die verschiedenen Dienstleistungsgebühren) muss aus gleichen Gründen in engen Grenzen gehalten werden.

Insgesamt sind die deutschen Kommunen im Verhältnis zu den Leistungen, die sie erbringen müssen, unterfinanziert, zumal ihnen vor allem durch den Bund immer neue Belastungen auferlegt werden. Die Bundesregierung, die das Geld der Steuerzahler oftmals mit vollen Händen in alle Welt, besonders in die EU, verteilt, sollte diese Mittel besser den deutschen Kommunen zur Verfügung stellen. Die HANNOVERANER verlangen deshalb einen anderen Verteilungsschlüssel zwischen Bund, Land und Gemeinden für die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder.

## **Wirtschaft**

Deutschland ist eine führende Exportnation. Es erwirtschaftet mehr als 50 Prozent seines Brutto-Inlandsprodukts (BIP) durch Ausfuhren. Eine Politik der wirtschaftlichen Abschottung wäre für Deutschland mit schweren Nachteilen verbunden. Deshalb muss die deutsche Wirtschaft sich dem internationalen Wettbewerb stellen und dabei darauf achten, stets und überall wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben.

Zur Wettbewerbsfähigkeit gehört ganz wesentlich eine gesicherte und preiswerte Energieversorgung. Teure Experimente mit ungewissem Ausgang und mit unabsehbaren Kosten im Energiebereich kann sich die Industrienation Deutschland nicht leisten. Daher ist die im Rahmen der sog. „Energiewende“ geplante weitgehende Umstellung auf Windkraft, Photovoltaik und andere zweifelhafte sog. „erneuerbare“ Energieträger übertrieben. Wichtig ist, dass die Verhältnismäßigkeit zwischen ökologischem und wirtschaftlichem Nutzen gewahrt bleibt.

Öffentliche Dienstleistungen sind von einer vollständigen Liberalisierung und Privatisierung im Rahmen des „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) und anderer internationaler

Abkommen auszunehmen. Das gilt insbesondere für Öffentliche Dienste und Einrichtungen der elementaren Daseinsvorsorge wie die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Krankenhäuser, Schulen sowie das Verkehrs- und Beförderungswesen. Diese Dienste können teilweise nicht kostendeckend arbeiten, da sie gesetzliche Aufträge zu erfüllen haben. Die vollständige Privatisierung von Bahn, Post und Krankenhäusern ist ein Fehler. Sie sorgt durch einen enormen Kostendruck für Personalabbau, für Vernachlässigung der Materialwartung und für Minderung des Kundendienstes.

Der deutsche Gesetzgeber muss die Versorgungssicherheit und die Qualität der Dienste der elementaren Daseinsvorsorge im Interesse der Verbraucher auch nach einer teilweisen Privatisierung auf Basis der bestehenden Standards gewährleisten. Eine Einflussnahme der Europäischen Union (EU) in deutsche Wirtschaftsbelange durch nicht hinreichend legitimierte und inkompetente EU-Kommissare ist größtenteils kontraproduktiv und daher abzulehnen.

Grundsätzlich soll mit gewissen Einschränkungen eine freie Marktwirtschaft herrschen. Es muss jedoch durch entsprechende Rahmengesetze dafür gesorgt werden, dass in der Wirtschaft ein pluralistischer und chancengerechter Wettbewerb mit vielen Anbietern herrscht. Um echten Wettbewerb durchzusetzen, sind ordnungspolitische Eingriffe des Staates teilweise notwendig, um den Markt in angemessenem Umfang zu regulieren.

Der Staat darf nicht durch überhöhte Steuern den Unternehmen und Bürgern die Früchte ihrer Arbeit entziehen. Wirtschaftspolitik bedeutet nicht nur die Sicherung bestehenden Eigentums, sondern muß auch dafür sorgen, dass jeder Einzelne durch Leistung zu Eigentum gelangen kann. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, durch eigenen Fleiß und Initiative wirtschaftlichen Erfolg im Leben zu haben. Solche Tüchtigkeit war die Erfolgsgarantie für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands nach dem Kriege.

Das Wirtschaftssystem ist allerdings zugleich verpflichtet, Solidarität mit denen zeigen, die sich aufgrund einer körperlichen, geistigen oder psychischen Benachteiligung nicht selbst helfen können. Im Rahmen der Marktwirtschaft muss ein positives Klima der Leistungsbereitschaft herrschen. Eine unter dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ praktizierte Gleichmacherei unterschiedlicher Leistung und Entlohnung mittels staatlicher Umverteilung ist schädlich für das Gemeinwohl. Der Staat hat allerdings die wichtige Aufgabe, so weit als möglich eine Gleichheit der Startchancen zu gewährleisten.

Unternehmer und Beschäftigte sind keine Gegner, sondern sollen prinzipiell gleichwertige Partner sein, die ein gemeinsames wirtschaftliches Ziel anstreben.

Der Mittelstand verdient besondere Förderung, da er das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist. Nach wie vor sind die meisten arbeitenden Menschen im Mittelstand beschäftigt. Der Mittelstand sorgt u.a. auch ganz wesentlich für die Ausbildung guter Fachkräfte. Zugleich verringert die vielfältige mittelständische Struktur auch die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft. Es gilt: Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern sie hat den Interessen der Menschen zu dienen.

## **Stadtentwicklung und Verkehr**

Zu einer positiven Stadtplanung, die den Bürger in das Zentrum stellt, bedarf es einer kompetenten und vorausschauenden Politik, die von einer sachkundigen Verwaltung begleitet wird.

Sowohl die Wohnquartiere als auch die Geschäfts- und Bürobereiche als auch die Verkehrsflächen müssen kontinuierlich und behutsam gepflegt und zugleich modernisiert werden. Angesichts des heutigen Mangels der Stadt an historischen Gebäuden ist diesen baulichen Zeugen der

Vergangenheit ein besonderes Augenmerk zu widmen. Der Abriss solcher Gebäude muss möglichst verhindert werden. Gleichzeitig sollte auch darüber nachgedacht werden, ob neu zu errichtende Gebäude an historischer Architektur angelehnt werden könnten, um so die Identifikation der Stadtbewohner mit ihrer Stadt zu fördern.

Das Rückgrat des öffentlichen Stadtverkehrs in Hannover ist der ÖPNV. Dieser muss in jeder Hinsicht so attraktiv gestaltet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, diesen als Alternative zum motorisierten Individualverkehr anzunehmen. Die Infrastruktur des ÖPNV muss der Bevölkerungsstruktur der Stadt und der Region Hannover angepasst werden.

Eine lebendige und wirtschaftlich starke Stadt benötigt ein leistungsstarkes Straßensystem für den Individualverkehr. Vor allem der sogenannte Innenstadtring muss seine hohe Leistungsfähigkeit behalten. Er darf nicht zurückgebaut und damit in seiner Kapazität eingeschränkt werden. Auch die Verbindungsstraßen sind durch Wartung und bedarfsweise Erneuerung in ihrer Funktion zu erhalten. Die Wohnstraßen, die lediglich dem Quell- und Zielverkehr dienen und das Bild der Wohnquartiere prägen, müssen auch um der Wohnqualität willen gleichfalls in gutem Zustand gehalten werden.

Der Radverkehr in der Stadt spielt mittlerweile eine große Rolle. Er dient nicht nur Bedürfnissen des Verkehrs, sondern auch der Gesundheit der Bürger und vor allem auch dem Schutz der Umwelt. Deshalb ist er durch den Ausbau und die Wartung guter Radwege zu fördern, ohne jedoch dabei die Belange der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.

Fast jeder Bürger ist zugleich auch Fußgänger. Vor allem im Innenstadtbereich mit seinem Fußgänger- und Einkaufsbetrieb sind Fußgängerzonen sinnvoll und notwendig. Diese müssen so gestaltet sein, dass die Menschen sich dort wohlfühlen und dass auswärtige Besucher gern nach Hannover kommen.

## **Familie + Demographie**

Kein Volk kann ohne Familien bestehen. Die Familie ist die stabile Gemeinschaft von Mann, Frau und Kindern. Sie ist das Fundament von Staat und Gesellschaft. Die Familie hat nicht nur eine Reproduktionsfunktion, sondern sie hat auch wichtige soziale Aufgaben. Sie ist eine unverzichtbare Institution für die Vermittlung von Werten und Orientierungen an nachfolgende Generationen.

Sie dient damit der Sozialisation der jungen Menschen in das staatliche Gemeinwesen. Sie bietet dem Einzelnen emotionale Geborgenheit und psychischen Halt. Für Kinder und hilfsbedürftige Angehörige bedeutet sie Schutz und Fürsorge. Wegen der erkennbaren Grenzen des Sozialstaates wird die Familie niemals ihre erhebliche Bedeutung für Staat und Gesellschaft verlieren. Deshalb steht sie zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. DIE HANNOVERANER wenden sich eindeutig gegen Versuche, diesen gesetzlichen Schutz für die Familie zu beseitigen.

Neben der traditionellen Familie gibt es heute in Deutschland auch andere Formen des Zusammenlebens von Partnern, die von den HANNOVERANERN respektiert werden.

Die Abkehr von einer aktiven Familien- und Bevölkerungspolitik und die seit Jahren laufende Geringschätzung der Rolle der Mutter und Hausfrau haben (neben anderen gravierenden Faktoren) unser Land an den Rand einer demographischen Katastrophe gebracht. Deutschland vergeist ganz rasant. Der Mangel an eigenem Nachwuchs wird immer dramatischer. Der verzweifelte Versuch der etablierten Parteien, das Problem des starken Rückgangs der Bevölkerung mit deutschen und europäischen Wurzeln durch unbegrenzte Zuwanderung aus allen Teilen der Welt zu lösen, ist der größte historische Fehler, der die bevölkerungspolitischen Katastrophen der großen Kriege in ihrer

langfristigen Wirkung noch übersteigt. Die unregelmäßige massenhafte Zuwanderung besonders aus Afrika und dem islamischen Kulturkreis wird mittel- und langfristig zum Austausch der heimischen Kultur und Bevölkerung führen. Das deutsche Volk hat aber wie jedes andere Volk das Recht, seine Identität und Existenz zu bewahren. Dasselbe gilt für unsere europäischen Nachbarvölker.

Um eine solche krasse demographische Fehlentwicklung zu verhindern, sind wirksame Maßnahmen im Rahmen einer nachhaltigen Familienpolitik nötig.

### **Bildung, Schule, Kita**

Bildung ist in einer entwickelten Gesellschaft die unentbehrliche Voraussetzung für jeden einzelnen Menschen, der mit persönlichem Erfolg am gesellschaftlichen Leben teilhaben will. Jedermann soll mit gleichen Chancen an der Bildung, die der Staat seinen Bürgern anbietet, Anteil haben.

Bildung ist auch die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes und damit für seinen Wohlstand. Besonders mit seiner Rohstoffknappheit einerseits und seiner modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft andererseits ist unser Land auf eine gute Bildung seiner Bürger angewiesen. Denn nur mit qualifizierten Arbeitskräften kann es sich mit seinen Produkten am Weltmarkt behaupten und zugleich den Lebensstandard im Innern sicherstellen. Letztlich war die gute Bildung und Ausbildung seiner Bürger auch die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Krieg.

Ein bewährtes Bildungssystem ist also ein kostbares Gut. Es ist deshalb gefährlich, laufend an diesem System ohne hinreichende Forschung, Erfahrung und Kontrolle herumzuzperimentieren. Im Rahmen der technischen und sozialen Entwicklung sind gewisse Reformen sicher erforderlich. Es darf aber nicht sein, dass das gesamte bisher erfolgreiche Bildungssystem nach ideologischen oder tagespolitischen Gesichtspunkten in Frage gestellt oder gar zerrüttet und damit entwertet wird. Durch solche Experimente darf die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems nicht leiden.

Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist die Grundlage für jede Art von Bildung in Deutschland und für das friedliche Zusammenleben der Menschen. Schon im Elternhaus und danach vom Kindergarten über Grund- und weiterführende Schulen bis zur Universität ist eine gut beherrschte deutsche Sprache anzustreben.

Die Stadt und die freien Träger müssen ein hinreichendes Angebot in Kindertagesstätten für die frühkindliche Betreuung, Erziehung und Bildung bereitstellen, auch um ganztägig berufstätige Eltern zu entlasten.

DIE HANNOVERANER halten ein durchlässiges dreigliedriges Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium für die beste Struktur, um den unterschiedlichen Begabungen der jungen Menschen gerecht zu werden. DIE HANNOVERANER nehmen aber auch zur Kenntnis, dass die Haupt- und Realschule nach und nach auf die Funktion einer "Restschule" mit vorrangig sozialpädagogischen Aufgaben reduziert worden ist.

Das bewährte Gymnasium, das die jungen Menschen zur Hochschulreife führen soll, muss in jedem Fall erhalten bleiben.

Die aktuell favorisierte Gesamtschule darf nicht zur Regelschule werden. Sie sollte ein Angebot unter vielen verschiedenen Bildungsmöglichkeiten bleiben, sodass eine Auswahl unter verschiedenen pädagogischen Angeboten für die Eltern und/oder Erziehungsberechtigten weiterhin möglich bleibt.

Die Senkung des allgemeinen Bildungsniveaus ist eine Gefahr, der alle Schulformen ausgesetzt sind. Sie kommt immer dann zustande, wenn Regelschulen eine hohe Anzahl von Kindern aus

Parallelgesellschaften, die sich schon seit Jahrzehnten der Integration in Deutschland verweigert haben, ausweisen und nun zusätzlich noch mit Zuwanderern und den Erfordernissen der inklusiven Teilhabe konfrontiert werden. Dem muss entgegengewirkt werden.

Einstmals waren unsere Universitäten Vorbild für die ganze Welt. Ihre Forscher und Wissenschaftler standen an der Spitze des Fortschritts. Diese goldenen Zeiten sind längst vorbei. Es muss vermieden werden, dass die Wissenschaft wegen fehlender schulischer Voraussetzungen gänzlich ins Mittelmaß abgeleitet.

Menschen mit Einschränkungen in der sozialen Teilhabe sollen die größtmögliche Förderung erfahren. Diese wurde bisher in speziellen Einrichtungen und Schulen weitestgehend gewährleistet. In Förderschulen wurden die Kompetenzen dieser jungen Menschen zumeist individuell und in einem ruhigen Umfeld gestärkt. Diese Art der Förderung entfiel zu großen Anteilen mit der Einführung der Inklusion in den Schulen. Die Schüler mit besonderen Förderbedarfen treten nun zunehmend, trotz gesonderten Lehr- und Lernplänen, in Konkurrenz zu anderen Schülern. Mit ihnen bilden sie eine gemeinsame Gruppe, was, gerade bei der steigenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen, nicht immer ohne Probleme ablaufen kann. Für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet die Inklusion eine zusätzliche Belastung und leider auch eine Ablenkung von ihrer traditionellen Kernaufgabe, nämlich der Vermittlung von Wissen. Auch für die betroffenen Kinder und ihre Familien erzeugt diese Form der Inklusion unnötigen Stress, zumal der steigenden Anzahl von Schülern mit Förderbedarfen nicht gleichermaßen personell entsprochen wird. DIE HANNOVERANER stehen deshalb einer flächendeckenden Inklusion ablehnend gegenüber.

## **Kultur und Sport**

Deutschland ist noch immer eine bedeutende Kulturnation. Es gilt, diese Kultur nach innen und außen zu erhalten, selbstbewusst zu vertreten und im Zweifelsfall zu verteidigen. Selbstredend achten DIE HANNOVERANER dabei die Kultur anderer Völker und Staaten. DIE HANNOVERANER begrüßt den Austausch mit ihnen.

Das steht dem Willen, jederzeit auch die Kultur anderer Völker und Staaten zu achten und mit ihr in Kontakt zu treten, nicht im Wege.

Das Hauptmedium der deutschen Kultur ist die deutsche Sprache. Ihrem Erhalt und ihrer Pflege haben die Politik und die staatlichen bzw. kommunalen Institutionen ihr besonderes Augenmerk zu widmen. Andere Sprachen als Deutsch zu erlernen, erweitert den Horizont und ist nötig für jede Art von internationalen Beziehungen. Jedoch kommen diese anderen Sprachen als Verkehrssprache in unserem Land neben der deutschen Sprache nicht in Betracht. Diese bildet in Wort und Schrift die Basis für die in Deutschland geltende Leitkultur. Auch im Verkehr und der Verständigung zwischen den verschiedenen Ethnien in Deutschland spielt die deutsche Sprache eine wesentliche Rolle. Sie wirkt der Bildung von Parallelgesellschaften entgegen und dient damit der Integration.

Auch die Kommunalpolitik hat sich zu bemühen, in ihren Verlautbarungen sich möglichst der deutschen Sprache zu bedienen. DIE HANNOVERANER lehnen die leider zunehmende Verwendung von fremdsprachlichen Elementen – besonders Anglizismen – ab. Sie fordern die Behörden, aber auch Medien, Industrie und Handel – speziell auch die Werbung – auf, vorrangig die deutsche Sprache zu benutzen. Eine gendergerechte Sprache ist ein künstliches Konstrukt, welches DIE HANNOVERANER ablehnen.

DIE HANNOVERANER setzen sich für die Förderung aller Ausdrucksformen von Kultur ein. Dies insbesondere gilt für Literatur, Theater, Musik, Tanz, Sport und andere Aktivitäten wie z.B.



Kulturfestivals und Sportveranstaltungen. Jedoch ist nicht jede Form kultureller Aktivität förderungsfähig. Kultur muss politisch unabhängig und neutral agieren! Sie darf nicht zur Beeinflussung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne der herrschenden Ideologie missbraucht werden.

Im Bereich des Sports ist sowohl der Breitensport als Faktor der Gesundheit für alle Bürger als auch der Leistungssport als Vorbild, zur Identifikation der Bevölkerung und als Anreiz für einen positiven Wettbewerb gerade auch im völkerverbindenden internationalen Vergleich zu fördern.

Schon kleine Kinder sollten zur sportlichen, künstlerischen und musischen Betätigung in Kindergarten, Schule und Vereinen ermutigt werden.

Alle kulturellen Bereichen haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion.

## **Zuwanderung und Integration**

### **"Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe"**

In den 60er und 70er Jahren kam es in der Bundesrepublik zu einer Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern. Sie wurden mit befristeten Verträgen zumeist in der industriellen Massenabfertigung und im Bergbau eingesetzt, also Arbeitsbereichen, die zu der damaligen Zeit keine großen Qualifikationen verlangten, jedoch einen großen Arbeitskräftebedarf aufwiesen.

Nach dem Anwerbestopp 1973 kehrten einige Arbeitsmigranten in ihre Heimat zurück, andere holten ihre Familien aus den Herkunftsländern nach und entschieden sich so, langfristig in Deutschland zu bleiben.

Wohingegen sich viele der ehemaligen „Gastarbeiter“ in Deutschland hervorragend integrierten, kam es gerade bei den vorwiegend islamisch geprägten Gruppierungen zur Bildung von Parallelgesellschaften. Deren Angehörige sind mittlerweile in der dritten und vierten Generation in Deutschland ansässig, haben zum größten Teil die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, identifizieren sich jedoch vorrangig mit dem Heimatland ihrer Großeltern und weniger mit dem Land, in dem ihr eigentlicher Lebensmittelpunkt liegt.

Religionsgemeinschaften, die auch aus dem Ausland finanziert werden, unterstützen diese bedenkliche Absonderungen. Rücksichtnahmen auf vermeintliche „kulturelle“ Besonderheiten, hinter denen sich häufig fundamentalistische Radikalisierungen verstecken, werden von den Angehörigen dieser Parallelgesellschaften eingefordert und leider auch von der herrschenden Ideologie einer scheinbaren „Vielfalt“ mit Sonderrechten bedacht.

Anstatt Probleme, die durch und mit diesen Parallelgesellschaften entstehen, bewusst zu benennen und dagegen vorzugehen, werden sie von den politisch-kulturellen Eliten negiert. Auf diese Art und Weise wird nicht Integration, sondern – im Gegenteil – die Fragmentierung unserer Gesellschaft gefördert.

Großangelegte mafiöse Strukturen, die sogenannte „Clankriminalität“, hat in Deutschland Fuß gefasst und trägt dazu bei, dass die Sicherheitslage in den Großstädten von der Bevölkerung zunehmend als prekär empfunden wird.

Darüber hinaus ist unser Land von Armutszuwanderung aus der EU genauso belastet, wie von den Auswirkungen einer Massenzuwanderung, die, unter Beugung geltender Gesetze, seit 2015 den Migrationsdruck auf unser Land verschärft hat.

Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe. Diese Hilfe muss jedoch ortsnah erfolgen. Eine Flucht über mehrere Ländergrenzen hinweg, mit dem Ziel, in

Deutschland zu leben, vermittelt aber eher den Eindruck, dass es sich bei diesen Menschen weniger um Asylanten als um Wirtschaftsflüchtlinge handeln muss. Solche kommen wegen der erhofften sozialen und wirtschaftlichen Wohltaten, die sie sich in und von Deutschland erhoffen, in unser Land und tragen dazu bei, dass Sozialleistungen immer mehr eingeschränkt werden müssen, auch um der höheren Anzahl von Hilfeempfängern Rechnung zu tragen. Auch übt diese Massenzuwanderung Druck auf die städtische Infrastruktur aus, wodurch Wohnungsknappheit und ein überfüllter ÖPNV begünstigt wird.

Viele dieser Einwanderer weisen nur wenige Qualifikationen auf, sodass eine Integration in eine Gesellschaft, deren größtes Kapital das Wissen darstellt, sich schwierig gestalten wird. Eine „Integration“ dieser Einwanderungsgruppe in bestehende Parallelgesellschaften, wie sie schon jetzt an unseren städtischen Schulen unkontrolliert erfolgt, erzeugt darüber hinaus neue Probleme, deren zukünftige Auswirkungen wir durch einen Blick auf Frankreich erahnen können.

All diese Immigrationsbewegungen spielen sich vor dem Hintergrund eines durch die geringe Geburtenrate bedingten Rückgangs der einheimischen (indigenen) Bevölkerung ab. Ein Ende dieser ungesteuerten Zuwanderung ist nicht abzusehen, im Gegenteil: Infolge des Familiennachzugs und der fortgesetzten Unterstützung von scheinbar humanitären Rettungsaktionen (z.B. „Sicherer Hafen Hannover), die durchaus Ähnlichkeiten mit kriminellen Schleuser-Aktivitäten aufweisen können, verschieben sich die demographischen Gewichte in Deutschland mehr und mehr zugunsten der Interessen der Migranten.

Diese von der linken Seite und von der sog. politischen Mitte propagierte und geförderte multikulturelle Gesellschaft, gleicht weniger einem bunten und freundlichen Markttreiben, wie es sich so mancher Sozialromantiker vorstellen mag, sondern erzeugt ein tristes Nebeneinander von verschiedenen Ethnien und Kulturen, die auf keine gemeinsamen Werte und Normen zurückgreifen können und diese beständig, auch durch Konflikte, neu aushandeln müssen.

Selbst schwach bevölkerte klassische Einwanderungsländer wie Australien und Kanada haben erkannt, dass eine Massenzuwanderung das gefestigte Sozialgefüge ihrer Länder zerstören würde. Durch strenge Zuwanderungsgesetze verhindern sie eine unkontrollierte Einwanderung. Die Nicht-Aufnahme von Bootsflüchtlingen in Australien, schreckt mögliche Migranten ab. Dies verhindert, dass diese sich selbst und ihre Familien Lebensgefahren auf hoher See auszusetzen und trägt deshalb mehr zur Rettung von Menschenleben bei, als die deutschen Seenotrettungsprojekte.

In Deutschland wird nicht aktiv gehandelt. Durch nicht ausreichend regulierte Einwanderprozesse wird eine Gesellschaft gefördert, in der die Menschen gegenseitig um knappe Güter, wie gut bezahlte Arbeitsplätze, Wohnraum und ärztliche Leistungen, konkurrieren müssen. Dies mag für globalisierte Konzerne nützlich sein, lässt das Zusammenleben der Menschen insgesamt aber zu einer gesellschaftlichen Dystopie werden.

Um einer solchen Entwicklung entgegenzutreten, halten DIE HANNOVERANER an dem Grundsatz fest, dass das dicht besiedelte Deutschland kein klassisches Einwanderungsland sein kann.

DIE HANNOVERANER fordern deshalb ein grundsätzliches Umdenken in der Zuwanderungsfrage. Sie erwarten einerseits von den schon dauerhaft hier lebenden Ausländern eine weitestgehende Integration und Assimilation gemäß den Regeln des Gastgeberlandes und andererseits eine klare, auch zahlenmäßige Begrenzung und Steuerung zukünftiger Zuwanderung durch die politisch Verantwortlichen. Die Zuwanderung hat in erster Linie den Interessen Deutschlands zu dienen.

Die Integration von Ausländern wird nur gelingen, wenn die Zahl der zu uns kommenden Menschen begrenzt bleibt, der kulturelle Abstand der Migranten zur deutschen Bevölkerung nicht zu groß ist

und die Zuwanderer über geeignete berufliche Qualifikationen verfügen, damit sie ihren Lebensunterhalt in Deutschland ohne staatliche Unterstützung durch Erwerbsarbeit bestreiten können.

DIE HANNOVERANER verlangen von den Zuwanderern nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine langfristig angelegte kulturelle Anpassung. Unter Integration ist die schrittweise Identifikation eines Ausländers mit Deutschland als seiner Heimat zu verstehen. Dazu gehört auch die Nutzung der deutschen Sprache.

Als verbindliche Richtlinie für die vom Zuwanderer zu erbringende Anpassungsleistung hat die deutsche Leitkultur zu gelten. Sie basiert auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf unserer Rechtsordnung und auf den Werten der abendländischen Kultur Europas, die durch Christentum, Aufklärung und Humanismus geprägt ist.

Die Einbürgerung des Zuwanderers und damit der Erwerb staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben nicht am Anfang, sondern erst am Ende des erfolgreichen Integrationsprozesses zu stehen. Es hat der Grundsatz zu gelten: Keine Partizipation ohne Integration!

## **Natur und Umwelt**

Für wertkonservative Menschen ist der Schutz der Natur und der Umwelt eine bedeutsame und selbstverständliche Pflicht. Ziel der Politik muss es sein, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zu schonen und zu sichern.

Alle Entscheidungen zum Umweltschutz müssen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden. Umweltschutz und technischer Fortschritt sollten keinen Gegensatz bilden, vielmehr muss die Technik so angewandt werden, dass sie die Umwelt nicht zerstört, sondern hilft, sie zu erhalten und sie zu renaturisieren.

In unserer auf Fortentwicklung angewiesenen Wirtschaft und Gesellschaft kann es keinen Stillstand geben. Der Fortschritt soll aber im Einklang mit der Natur und der Kultur stehen. Die Politik darf sich bei der Verfolgung dieser Ziele nicht von „Verbots“-Ideologien leiten lassen.

Flächendeckende irreversible Veränderungen der Landschaft durch unzählige riesige Windkraftanlagen, durch gigantische Stromtrassen, durch flächenfressende Solaranlagen oder durch biologisch tote Mais-Monokulturen für die Erzeugung von Bio-Energie stellen DIE HANNOVERANER in Frage. Nahrungsmittel dienen in erster Linie Mensch und Tier. Es ist der falsche Weg, die Energie intensive Industrie sowie die Haushalte in ihrem Strombedarf allein auf die volatilen Energiequellen Wind und Sonne stützen zu wollen, stattdessen sollte die Energieversorgung breit aufgestellt werden, ohne dabei in Abhängigkeit zu bestimmten Energieträgern zu geraten.

Skeptisch sehen DIE HANNOVERANER die thermische Sanierung von Altbauten durch die Verpackung in Styropor und anderes Dämmmaterial. Die Langzeitwirkungen solcher Maßnahmen sind längst nicht endgültig geklärt. Es gibt sogar deutliche Hinweise darauf, dass diese Dämmung insgesamt eher schädlich als nützlich ist.

Zum Naturschutz gehört auch der Tierschutz. Der Mensch muss begreifen und danach handeln, dass auch Tiere ein prinzipielles Lebensrecht besitzen. Für Tiere in freier Wildbahn müssen strenge Schutz- und Schonregelungen gelten, genauso wie auch für Tiere, die vom Menschen als Nutztiere gehalten werden. Allerdings bedeuten sie vielfach auch Nahrung für den Menschen. Sie dürfen nur unter Einhaltung klarer gesetzlicher und veterinärmedizinischer Auflagen, vor allem unter Vermeidung von Qualen, gehalten und getötet werden.